

Erholung trotz vielversprechender Anzeichen erneut gefährdet

Von Marcel Fratzscher

Die deutsche Wirtschaft hat nach einer langen Phase der Stagnation vorsichtig den Erholungskurs eingeschlagen. Das DIW Berlin sieht sich in seinen früheren Einschätzungen bestätigt: Nach einem Wachstum von lediglich 0,2 Prozent im Jahr 2025 erwarten wir 1,0 Prozent für das Jahr 2026 und 1,4 Prozent für 2027. Diese Entwicklung ist jedoch mit außergewöhnlich hoher Unsicherheit verbunden, da mehrere globale Schocks die Konjunktur belasten und sich besonders stark auf Deutschland auswirken. Vor allem eine weitere Eskalation des Iran-Kriegs könnte die Erholung erneut zur Entgleisung bringen. Die zentrale Aussage dieser Prognose lautet daher: Erstens mehren sich die Hinweise, dass die binnenwirtschaftlichen Triebkräfte wieder an Bedeutung gewinnen. Zweitens ist die Bandbreite möglicher Entwicklungen so groß wie seit Langem nicht.

Im Mittelpunkt der aktuellen Risikolage steht der Krieg im Iran. Er erhöht die Unsicherheit an den Rohstoff- und Energiemärkten, treibt insbesondere die Gaspreise deutlich nach oben und gefährdet zugleich globale Lieferketten. In unserer Prognose unterstellen wir, dass es in den kommenden Wochen und Monaten zu keiner weiteren Eskalation kommt. Selbst unter dieser Annahme erwarten wir im Vergleich zu einem Verlauf ohne diesen Konflikt einen Anstieg der Inflation um rund 0,4 Prozentpunkte sowie ein um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte niedrigeres Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2026. Diese Zahlen verdeutlichen: Bereits ein anhaltend erhöhtes Unsicherheits- und Preisniveau kann die beginnende Erholung dämpfen.

Gleichzeitig sprechen mehrere Faktoren dafür, dass sich die Konjunktur in Deutschland derzeit stabilisiert und schrittweise verbessert. Besonders relevant ist die Entwicklung des privaten Konsums. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird zunehmend durch die Entwicklung der Realeinkommen und eine robuste Beschäftigung gestützt. Zudem hat sich die Konsumstimmung verbessert.

Im Außenhandel bleibt die Lage dagegen angespannt. Die Exportschwäche dürfte zwar im Prognosezeitraum nachlassen, bleibt jedoch ein Unsicherheitsfaktor. Dies liegt nicht zuletzt an zunehmenden Handelskonflikten mit den USA und China, die die Planbarkeit des Welthandels reduzieren und Investitions- sowie Lieferentscheidungen erschweren. Zugleich zeigen sich Anpassungsprozesse: Vielen deutschen Unternehmen gelingt es, Absatz stärker in andere europäische Märkte zu verlagern. Das wirkt stabilisierend, kann das Ausbleiben einer nachhaltigen Belebung der globalen Nachfrage und die handelspolitischen Risiken jedoch nicht kompensieren.

Auch bei den Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen zeichnet sich eine moderate Verbesserung ab. Nach einer Phase ausgeprägter Zurückhaltung sprechen mehrere Indikatoren dafür, dass sich die Investitionstätigkeit wieder belebt. Der leichte Anstieg der Investitionen ist ein wichtiger Hinweis auf eine graduell verbesserte Erwartungslage. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Situation in Teilen der Industrie stabilisiert. Gleichzeitig bleiben die strukturellen Herausforderungen erheblich: Innovationsfähigkeit, Transformation hin zu klimaneutralen Produktionsweisen, Diversifikation von Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie die Fachkräftesituation werden weiterhin darüber entscheiden, ob aus einer konjunkturellen Stabilisierung auch ein höheres Potenzialwachstum entsteht.

Eine zentrale Stütze der Prognose ist die Entwicklung der Staatsausgaben. Sie bleiben in diesem und im kommenden Jahr der wichtigste Treiber der gesamtwirtschaftlichen Expansion und dürften nahezu die Hälfte des Wirtschaftswachstums erklären. Dieser Beitrag stabilisiert kurzfristig, verweist aber zugleich auf weiterhin begrenzte Dynamik bei Unternehmen und privaten Haushalten. Entscheidend ist zudem die Verwendung zusätzlicher fiskalischer Spielräume: Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die

in Aussicht gestellten Mittel – auch, soweit Ausnahmen von der Schuldenbremse genutzt werden – tatsächlich zu zusätzlichen öffentlichen Investitionen führen und nicht überwiegend konsumtiv oder für bereits geplante und finanzierte Projekte verwendet werden. Nur investive Ausgaben erhöhen die Produktionskapazitäten und verbessern das mittelfristige Potenzialwachstum.

Zudem mehren sich Hinweise, dass die Rüstungsausgaben deutlich zugenommen haben und bereits in diesem Jahr einen Wachstumsbeitrag leisten. Dieser Effekt kann konjunkturell relevant sein, ersetzt jedoch keine breit angelegte Strategie zur Stärkung von Produktivität und Potenzialwachstum. Die langfristige wirtschaftliche Stabilität hängt vor allem von Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Energieinfrastruktur, Wohnungsbau und Forschung ab.

Das größte unmittelbare Risiko für den wirtschaftlichen Ausblick in Deutschland und Europa bleibt derzeit der Krieg im Iran. Deutschland ist besonders stark exponiert, weil es weiterhin in hohem Maße von Energieimporten abhängig ist und die Gaspreise sich in den vergangenen Wochen nahezu verdoppelt haben. Dies belastet vor allem energieintensive Unternehmen, verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen und kann die Investitionstätigkeit erneut bremsen.

In unserer Szenarioanalyse untersuchen wir, welche konjunkturellen Folgen eine Eskalation des Konflikts hätte. Der Übertragungsmechanismus ist klar: Ein stärkerer Preisanstieg würde die Inflation weiter erhöhen. Dies könnte die Zentralbanken zu einer strafferen Geldpolitik zwingen oder zumindest Zinssenkungen verzögern. Gleichzeitig würden Risikoaufschläge steigen, die Finanzierungsbedingungen sich verschlechtern und Investitionsentscheidungen weiter hinausgeschoben. Unter solchen Bedingungen wäre es plausibel, dass der erwartete Aufschwung ausbleibt und sich die Konjunktur erneut deutlich eintrübt. Eine Aufwertung des US-Dollar könnte die Inflation zudem noch stärker befeuern.

Von zentraler Bedeutung sind dabei auch die Verteilungswirkungen. Steigende Energie- und Verbraucherpreise treffen Haushalte mit geringen Einkommen besonders stark, weil sie einen größeren Anteil ihres Budgets für den Grundbedarf aufwenden und geringere finanzielle Puffer haben. Sollte der Preisschock anhalten oder sich verstärken, wäre die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erneut gefordert, die sozialen Kosten abzufedern. Erforderlich wären dabei vor allem zielgenaue Entlastungen für niedrige und mittlere Einkommen, die wirksam unterstützen, ohne die fiskalischen Spielräume unnötig zu belasten. Ein Tankrabatt beispielsweise wäre der falsche Weg, eine temporäre Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel dagegen eine deutlich zielgenauere Entlastung.

Dies erhöht zugleich den Druck auf die Finanzpolitik. Bereits heute zeichnet sich ein erhebliches Finanzierungsdefizit für die Jahre 2027 bis 2029 ab. Zusätzliche Krisenmaßnahmen oder dauerhaft höhere Ausgaben würden die Konsolidierungsaufgabe vergrößern. Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen sind dringend notwendig, um das Defizit zu begrenzen und die Schuldenbremse sowie die europäischen Defizitregeln einzuhalten. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Priorisierung an Bedeutung: Fiskalische Spielräume sollten möglichst dort eingesetzt werden, wo sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen und die Widerstandskraft gegenüber künftigen Schocks verbessern.

Als Fazit lässt sich festhalten: Die Erholung in Deutschland wird in diesem Jahr an Dynamik gewinnen. Gleichzeitig bleibt der Ausblick von außergewöhnlich hoher Unsicherheit geprägt. Die wirtschaftspolitische Aufgabe besteht darin, die beginnende Erholung durch investive Impulse zu verstärken, Abhängigkeiten – insbesondere im Energiebereich – weiter zu reduzieren und die sozialen Belastungen möglicher Preisschocks abzufedern. Nur unter diesen Bedingungen kann aus der konjunkturellen Stabilisierung eine tragfähige Erholung werden.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 13. März 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig; Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787